

Guten Morgen aus dem Journalstudio. Begrüßt Sie Franz Renner, Mittwoch der 4. Oktober, unsere Schlagzeilen. Länder und Gemeinden freuen sich nach der gestrigen Einigung über 2,4 Milliarden mehr im Jahr vom Punkt über den Finanzausgleich. Abzüglich aller Mehrausgaben bleibt aber gar nicht so viel mehr. Viele Details etwa zur Gesundheitsreform sind noch offen. Trot in den USA eine Staatskrise, das Repräsentantenhaus hat seit gestern keinen Vorsitzenden mehr und wird, wenn die Trump-Getreuen so weitermachen auch nicht sobald einen neuen haben. Life ist dazu bei uns, unser Washington-Kreusponent Thomas Langball. An der heute beginnenden Generalversammlung der Bischof Synode im Vatikan nehmen erstmals Frauen mit Stimmrecht teil. Und bei einem schweren Bussunglück bei Venedig sind 21 Menschen getötet worden, zwei Österreicher wurden verletzt. Zuallererst aber die Wetterprognose Simon Köhldorfer, bitte. Langsam setzt sich wieder recht sonniges Hochdruckwetter durch, ganz beständig ist es heute aber noch nicht. Die aktuellen Meldungen, Wien und Eisenstadt Heiter 16°, St. Bölten und Linz, Heiter 13°, Salzburg, Innsbruck und Briegens, teils bewölkt 12°, Graz Heiter 17° und Klagenfuhr teils bewölkt 14°. In den Bergen und im Süden hängen vielerorts noch dichte Wolken, teilweise etwas Nebel und aktuell ziehen von Ostsirol bis zur westlichen Obersteiermark einzelne Regenschauer durch. Später verlagert sich der Schauerschwerpunkt nach Kärnten, an der Alpen-Nord-Seite scheint dagegen heute die meiste Zeit die Sonne. Auf den Bergen wird teils kräftiger, im Donaauraum sehr lebhafter Nordwestwind. Die Höchsthärte liegen bei 16 bis 23°, am Wochenende wird es wieder deutlich wärmer. Die Verhandlungen haben wie immer lang, haben sich wie immer lange und ERC dahin gezogen, gestern Abend dann aber die überraschend frühe Einigung. Bund, Länder und Gemeinden haben gestern Abend den Budgetrahmen für den finanzausgleichenden kommenden fünf Jahren präsentiert. Länder und Gemeinden erhalten vom Bund demnach um 2,4 Milliarden im Jahr mehr. Viele Details sind aber noch offen. Felix Nowak informiert. Die Einigung ist offenbar auch für die Verhandler überraschend gekommen, wobei die zusätzlich 2,4 Milliarden Euro pro Jahr nur einen groben Rahmen fixieren. Knapp die Hälfte der Summe macht der sogenannte Zukunftsfonds aus, der auf Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz abzielt. Finanzminister Magnus Brunner ÖVP. Wir stellen wesentlich mehr Geld zur Verfügung für die Herausforderungen, die wir alle gemeinsam haben. Gesundheitsminister Johannes Rauch von den Grünen zeigt sich erfreut, die lange angekündigte Gesundheitsreform könne jetzt umgesetzt werden. Dass die Länder dem Paket zustimmen hat, offenbar auch mit einer teilweise Ballorisierung zu tun. Manche Bereiche werden also im Lauf der Jahre an die Teuerung angepasst, sagt Winsbürgermeister Michael Ludwig Esbeö. In der Größenordnung der Inflation plus zwei Prozentpunkte. Viele Details bleiben aber offen, die Verhandlungen gehen weiter. Sieben bis acht Milliarden Euro mehr haben die Länder und Gemeinden gefordert, geworden sind es 2,4 Milliarden, sind die Länder damit zufrieden. Grundsätzlich ja, sagt dazu für Arlbergs Landeshauptmann Markus Wallner ÖVP, die strukturellen Probleme sein aufgezeigt worden, die 2,4 Milliarden seinen ersten großer Schritt. Viele Details sind aber noch offen bei der Gesundheitsreform beispielsweise, sieht Wallner, aber zumindest den Grundstein

gelegt.

Da haben Sie völlig recht, der Finanzhaushalt ist zwar ein gutes Zeitfenster, um Gesundheitsfragen

mit zu diskutieren, weil bei der Verteilung von Mitteln kann man ihn immer auch Reformen setzen. Das ist schon ein gutes Sacheprinzipial. Aber der Finanzhaushalt in engeren Sinn, der regelt ja auch nicht die Gesundheitsreform in engeren Sinn. Da müssen viele Materielgesetze geändert werden, das Sozialversicherungsgesetz, das Ärztegesetz und so weiter. Da hat der Gesundheitsminister gestern ein Paket vorgezeichnet, wo mehr Kompetenz in der Planung an die Länder

gehen würde. Das verlangen wir seit Jahren, wenn das wirklich kommt, dann wäre das ein guter Schritt. Und der Ausbau der Kassenstellen ist eher eine Bundesangelegenheit. Auch da können die Länder und Gemeinden profitieren, wenn das vor Ort passieren wird. Also ich muss das so sagen, das ist ein gutes Paket, aber die Hausaufgaben müssen da schon noch gemacht werden. Parallel zum Finanzhaushalt muss die Gesundheitsreform auf den Weg gebracht werden. Der Gesundheitsminister hat das gestern erläutert. Er meinte ja immer im Zuge des Finanzhaushalts, da gibt es ein Zeitfenster, da hat er Recht und das muss er jetzt eben auch nützen. Sagt der Parallelberger Landeshauptmann Markus Wallner im Morgenjournal um sieben, das ganze Gespräch können Sie wie immer über unsere Onlineangebote nachhören. Weiter in die USA begab sich gestern einmaliges um nicht zu sagen, Historisches. Mit dem Republikaner Kevin MacArthur ist erstmals in der Geschichte der Vorsitzende des Repräsentantenhauses abgewählt worden und zwar auf Betreiben einer Gruppe von Trump-Getreue in der eigenen Partei. Die Demokraten haben die Zerstretheit der Republikaner genussvoll ausgenutzt. Über die Hintergründe

und die möglichen Folgen, wie handlungsfähig also oder auch nicht, ist die US-Politik jetzt. Dazu ist unser Washington-Kreuzpunkt Thomas Langbauer live bei mir im Studio. Guten Morgen. Schönen guten Morgen. Ach, der Republikaner haben ausgereicht, um mit den Stimmen der Demokraten MacArthur abzuwählen. Wie ist das dazu gekommen? Ja, Kevin MacArthur hat vergangene Woche gemeinsam mit den Stimmen der Demokraten verhindert, dass die Amerikaner in einen Shutdown gehen. Er hat sozusagen die Finanzierung der Regierungsgeschäfte gesichert, befristet bis Mitte November und das haben die Hardliner angeführt von Matt Gaetz aus Florida, dem Speaker vorgeworfen. Sie werfen ihm vor, er habe sozusagen damit konservative republikanische Prinzipien missachtet, habe gemeinsame Sache gemacht mit den Demokraten und die Ironie der Geschichte ist, dass diese acht jetzt gemeinsam mit den Demokraten gegen MacArthur als Speaker gestimmt haben und er damit seine dünne Mehrheit von fünf Stimmen verloren hat und jetzt eben nicht mehr Speaker ist. Die Republikaner haben im Repräsentantenhaus, das ist die größere der zwei Parlamentskammern, eine knappe Mehrheit. Könnte MacArthur jetzt, wie US-Medien schreiben, einer Nachfolger, der noch mehr von den Trump-Getreuen hardleiten getrieben wird? Das ist auf jeden Fall der Anspruch, den diese acht haben und einige andere auch, die diesmal nicht mitgestimmt haben. Das Problem ist, dass es unter den republikanischen Abgeordneten

auch solche gibt, die in Bezirken gewählt sind, wo es auch eine demokratische Mehrheit zumindest denkbar gibt und die müssen acht geben, dass sie nicht allzu sehr in dieses sehr konservative, rechte Fahrwasser gekommen, das Donald Trump, der ehemalige Präsident vorgibt, weil sonst ihr Sitz und ihr Amt gefährdet ist. Also es werden schwierige Verhandlungen, es hat ja schon beim

letzten Mal sehr lange gedauert, bis sich die Republikaner auf Kevin MacArthur geeinigt haben, derzeit gibt es allerdings einen Speaker, man hat nach 9-11 2001 ein System eingeführt, dass es auf jeden Fall eine Nachfolge gibt, das ist jetzt Patrick McHenry, jemand, der noch von MacArthur nominiert worden ist, man hat das damals gemacht, um zu verhindern, dass ein Machtvakuum

entsteht. Er ist jetzt einmal professorisch Speaker und führt die Geschäfte, bis ein neuer gewählt ist. Bis ein neuer gewählt ist, das ist die Frage für die Wahl MacArthur, es hat 15 Versuche gebraucht, wie lange kann es dauern, bis das US-Parlament wieder voll handlungsfähig ist?

Das kann lange dauern, wir haben dafür keine Regelung in der Verfassung, es gibt keine Frist, bis zu der das passieren muss. Es hat eben beim letzten Mal, wie gesagt, 15 Wahlgänge gebraucht, um sich auf MacArthur zu einigen, möglich ist, laut Verfassung, allerdings zum Beispiel auch, dass jemand gewählt wird, der gar nicht Mitglied im Repräsentantenhaus ist, gar nicht gewählt ist. Bei der Wahl MacArthys hat schon einige gegeben, die gesagt haben, warum wählen wir nicht Donald Trump? Er hat auch einige Stimmen bekommen. Auch das ist eine theoretische Möglichkeit.

Trump selbst hat bisher allerdings immer gesagt, er strebt dieses Amt gar nicht an, er will ja bekanntlich wieder Präsident werden. Eine theoretische Möglichkeit. Zu einer anderen Möglichkeit, halten Sie es für möglich, dass die Demokraten es noch bereuen werden, mitgeholfen zu haben, MacArthur abzuwählen? Möglicherweise, auch bei den Demokraten gibt es viele, die sagen MacArthur war nicht paktfähig, aber wenn man sich etwas mit ihm ausgemacht hat, hat das nicht notwendigerweise gehalten. Ich denke allerdings, dass die Möglichkeiten der Demokraten MacArthur zu stützen auch beschränkt sind. Er hätte politisch in seiner eigenen Partei noch mehr Schaden genommen, wenn er mit demokratischen Stimmen seine Mehrheit abgesichert hätte. Das ist ja genau der Vorwurf von einem Teil seiner Partei, dass er sozusagen gemeinsame Sache macht mit den Demokraten. Hätte er sich auf demokratische Stimmen stützen müssen, um eine Mehrheit zu erhalten, hätte ihn das innerparteilich noch geschwächt und möglicherweise für ein paar Wochen oder Monate das politische Überleben gesichert, aber sicher nicht auf Dauer. Kann aus der Krise der republikanischen Partei eine Staatskrise werden, soll heißen, was bedeutet das alles für die Handlungsfähigkeit der USA? Der Budgetbeschluss steht an, Stichwort

Schatten, drohender Schatten auch der Beschluss über weitere Militärhilfe für die Ukraine?

Absolut, die Budgetfortschreibung gilt jetzt einmal bis Mitte November, bis dahin muss sozusagen ein weiterer Beschluss sicherstellen, dass die USA zahlungsfähig bleiben, dass die Geschäfte weiterlaufen. Die Abwahl selbst ist aber, glaube ich, nicht so sehr das Problem.

Das Problem ist die Dysfunktionalität der republikanischen Partei, dass sie sich ganz schwer mit sich selber einigen kann, dass es unterschiedliche Strömungen gibt, die unterschiedliche Dinge wollen, eben diese Hardliner am rechten Rand, die eigentlich Obstruktion wollen, die alles tun wollen, um einen Regierungserfolg zu verhindern, dafür auch in Kauf nehmen, dass zum Beispiel die amerikanische Regierung zahlungsunfähig wird, dass die Geschäfte nicht weiterlaufen können. Und das ist das eigentlich dahinterliegende Problem. Wir sehen unsicheren Zeiten entgegen in den nächsten Wochen und Monaten. Das heißt, was das jetzt für die Budgetverhandlungen zum Beispiel bedeutet, lässt sich gar nicht wirklich abschätzen? Lässt sich gar nicht abschätzen, weil auch noch nicht klar ist, in welche Richtung die Wahl eines neuen Speakers geht. Es gibt einige Kandidaten,

es gibt derzeit einen professorischen Speaker, der muss die Geschäfte führen, aber bis die Republikaner untereinander geklärt haben, wie es weitergehen soll, ist das natürlich alles offen und sind die Wege zu einer ordentlichen Budgetierung zum Beispiel mit den November noch völlig unklar.

Unser USA-Korrespondent Thomas Langbaur, diesmal nicht aus Washington zugeschaltet, sondern live hier bei uns im Studium in Wien. Danke und einen guten Tag.

Dankeschön. Einmaliges Jahr. Historisches in den USA, heute aber auch im Vatikan. Am Vormittag startet die Generalversammlung der Bischofs-Synode vom Papst Selbst als eine weitere Etappe auf dem Weg zur Kirchenreform angesehen. Ein Match realos gegen Fundes wird erwartet und erstmals nehmen da dann auch Frauenteil nicht nur als Zuhörerinnen, sondern mit Sitz und Stimme aus Rom Alexander Hecht. Wenn alle ein wenig verunsichert nach Hause

gehen. Für Schwester Brigitte Thalhammer ist das Ziel des großen Treffens im Vatikan klar. Die Generalökonomie, also Finanzministerin des Salvatorianerinnenordens, sieht die katholische Kirche am Scheideweg. Nämlich ob sie in einem Kirchenbild und einer Verfasstheit der Kirche des 19. Jahrhunderts verharren will. Zu den stimmberechtigten Mitgliedern der Bischofs-Synode zählen nicht nur Kardinal Schönborn und Erzbischof Lackner, sondern zum ersten Mal in der Kirchengeschichte

auch Frauen und Leinen. Die Generalversammlung ist ein Teil der Welt-Synode des großen Reformprojekts,

das Papst Franziskus vor drei Jahren angestoßen hat. Der Papst wolle frischen Wind in die Kirche bringen, sagt Pater Bernhard Eckerstorfer, Direktor der päpstlichen Hochschule Saint-Anselmo. So wie Hannes, der 23., das mit dem zweiten Vatikanum gesagt hat, öffnet die Fenster, so will das auch Papst Franziskus, er will Bewegung reinbringen. Die Reformer hören die Vergleiche mit dem zweiten Vatikanum gern. Den konservativen Bereiten sie Kopf zerbrechen. Bereits während der ersten beiden Phasen der Welt-Synode ist klar geworden, wie weit die Ideen zur Zukunft der katholischen Kirche auseinander liegen. Aus diesen Diözesanen und kontinentalen Phasen ist den Arbeitspapier entstanden, das nun auf der Generalversammlung diskutiert wird. Zu unkongret, etwa für die Deutsche Bischofskonferenz, viel zu weitreichend für andere. Just zwei Tage vor dem Beginn der Bischof-Synode haben fünf Kardinele, allesamt dem konservativen Lager zuzurechnen,

ihre Dubia, also ihre kritischen dogmatischen Fragen, an Franziskus öffentlich gemacht. Dabei geht es

etwa um die Segnung homosexueller Paare oder um die Frauenordination, aber auch darum, ob die Welt-Synode nicht an der Autorität des Papstes und der Bischöfe, also an der traditionellen Kirchenhierarchie kratze. Post Wenden veröffentlicht der Vatikan die Antworten des Papstes, darin schließt Franziskus etwa die Segnung homosexueller Paare nicht dezitiert aus, definiert aber die

Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau. Zu diskutieren wird es also genug geben in den kommenden dreieinhalb Wochen. Wenn es nach Papst Franziskus geht, soll die Bischof-Synode vor allem dazu dienen, Standpunkte auszutauschen und einander zuzuhören oder wie Kritiker meinen,

zu reden statt zu regeln. Bei einem schweren Busunglück zwischen Venedig und Mestre sind 21 Menschen getötet worden, zwei Österreicher wurden verletzt, die Rettungsarbeiten laufen

nach die Unglücksursache ist und klar, Markus Müller berichtet. Das Wrack des Buses liegt neben der Bahnlinie, die Mestre mit Venedig verbindet und unter der Straße, die vom Festland zur Lagronen
stattführt. Etwa zehn Meter ist der Autobus hier gestern Abend in die Tiefe gestürzt und hat dann zu Brennen begonnen. Die Rettungskräfte haben den Bus in der Nacht angehoben, um sicher zu gehen,
dass niemand mehr unter den Trümmern eingeschlossen ist. Es gebe an dieser Stelle eine unübersichtliche
Kreuzung, erklärt Vorwehrkommandant Mauro Luongon. Der Bus könnte behindert worden sein und musste
dann ausweichen, es gibt aber auch andere Hypothesen, eine Erkrankung des Fahrers zum Beispiel oder
der Bus hat Touristen aus Venedig zu einem Campingplatz an Festlern gebracht. Unter den Toten sind nach ersten Angaben auch mehrere Ausländer. Zu einem Thema, das alle die Kinder haben, oft mehr beschäftigt als die vielen Nachrichten aus aller Welt. Wir kommen zum Handy in
Nutzungsverhalten
unserer Kinder. Damit schlagen wir uns zu Hause herum, es beschäftigt aber auch die Schulen sehr. In Frankreich sind Handys an den Schulen seit fünf Jahren verboten, Großbritannien,
Alphardem, gerade nach. Und in Österreich wird ein generelles Handyverbot an Schulen mehr oder weniger ausgeschlossen, Felix Nowak berichtet. Bundesweite Vorgaben oder auch neue Empfehlungen zum Thema Mobiltelefon gibt es nicht. Wie Schulen damit umgehen, regelt derzeit jeder Standort individuell, etwa in Redemingkreis in Oberösterreich. Im dortigen Gymnasium sind Handyregeln seit etlichen Jahren in der Hausordnung verankert. Während des Unterrichts
darf das Mobiltelefon nicht eingeschaltet sein, heißt es darin. Und Schülerinnen und Schüler der Unterstufe dürfen es von 7 bis 13 Uhr gar nicht verwenden. Bei wiederholten Verstößen wird das Handy einkassiert, erklärt Direktor Andreas Hofinger. Das wird dann zu mir in die Direktion gebracht
und die Schülerinnen können ihr Handy am Ende des Unterrichtstages bei mir wieder abholen und es
gibt dann ein kleines Gespräch über den Verstoß gegen die Regelungen. 5 bis 10 dieser Verstöße gebe es pro Woche bei etwa 400 Unterstufen. Schülern im Riedergymnasium sei das wohl normal, sagt der Direktor. Eine bundesweite Regelung hält er eher nicht für notwendig. Anders sieht das der oberste Pflichtschullehrer Gewerkschafter Paul Kimberger. Ein generelles Handyverbot kommt für ihn zwar auch nicht in Frage, doch erortet ihm ein paar Interviewrechtsunsicherheiten, unter anderem bei der gerade erwähnten Situation, wenn also ein Handy abgenommen und in der Direktion verwahrt wird. Laut Kimberger sollte der Gesetzgeber hier einheitliche Konsequenzen für Verstöße vorsehen. Die Bundesjugendvertretung lehnt hingegen jegliche Art von Verschärfung ab. Bundesweite Regelungen brauche es hier nicht, sagt hier Vorsitzender Julian Christian. Ich kann dieses Bedürfnis nachempfinden, aber ich bin der Meinung, dass Dialog und eine gemeinsame Lösung und ein gemeinsames Arbeiten, wie schaut denn das Handy im Unterricht aus, der bessere Weg sind, als nur zu sagen, wir nehmen den Schülerinnen und Schülern das Handy weg. Geregelt wird das am besten an den einzelnen Schulstandorten. Das sieht man auf Anfrage auch im Bildungsministerium so. Die

Autonomieregelung

sei bewusst so gewählt, heißt es in einem schriftlichen Statement. Gesetzesänderungen dürften daher vorerst kein Thema sein. Die Schengenreisefreiheit mit der Slowakei ist vorläufig aufgehoben. Seit Mitternacht führt Österreich an den Slowakischen Grenzen Kontrollen durch. Innenminister Karna hat das gestern mit verstärkten, vor allem syrischen Migrationsströmen über die Slowakei begründet, auch Polen und Tschechien kontrollieren. Bundeskanzler Nehammer wird nächste Woche zu einem Arbeitsbesuch in der Türkei erwartet. Er trifft

am Dienstag in Ankara den türkischen Präsidenten Erdogan. Laut Kanzleramt wird es vor allem um das Thema Migration gehen, auch wirtschaftspolitische Gespräche sind geplant.

EU-Ratspräsident Michel spricht sich unter Bedingungen für einen EU-Beitritt der Ukraine bis 2030 aus. Er fordert von der Ukraine einmal mehr Reformen und Korruptionsbekämpfung ein. Außerdem müssen die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden, sagt er im Nachrichtenmagazin Spiegel. Von der EU verlangt Michel eine Beschleunigung der Entscheidungsprozesse.

Bei Schüssen in der Nähe eines Universitätskampus in Baltimore im US-Bundestaat Maryland sind fünf Menschen verletzt worden. Die Polizei teilte in der Früh mit. Sie sei wegen Schüssen auf dem Gelände der Morgan State University im Einsatz einer historisch afroamerikanischen Einrichtung mit

etwa 9.000 Studierenden. Nach einer weiteren verbalen Entgleisung des ehemaligen US-Präsidenten Trump in seinem New Yorker-Bedrucksprozess hat das Gericht Konsequenzen gezogen. Der zuständige

Richter erließ eine Verfügung für alle Prozessbeteiligten persönliche Angriffe auf Gerichtspersonal zu unterlassen. Trump hatte eine Mitarbeiterin-Parteilichkeit vorgeworfen. Und zum Mittag werden in Stockholm die Nobelpreisträger der Kategorie Chemie bekannt gegeben. Die Auszeichnung ist heuer mit 11 Millionen schwedischen Kronen. Das sind rund 930.000 Euro dotiert. Das Wetter im Großteil Österreichs zunehmend sonnig, im Süden aber überwiegend bewölkt und ein paar

Regenschauer, die meisten in unterkernten und der südlichen Steiermark, lebhafter Nordwestwind, höchstwerte 16 bis 23 Grad. Danke, Herr Drainacher. Das war's für heute mit dem Morgenjournal für das Journalteam mit Helene Selmann, Regie und Gerhard Domian Technik und alle anderen Beteiligten verabschiedet sich Franz Renner. Genießen Sie den Tag jetzt gleich mit dem Pasticcio und Albert Haus.